

Immobilienverwertung, Kulturorte und der öffentliche Raum

Clubs, soziokulturelle Zentren, Unterhaltungsviertel

Berthold Seliger

Das Grundrecht auf kulturelle Teilhabe, Möglichkeiten und Räume für eine lebendige Gegenkultur, in denen wir uns betätigen können, müssen erobert werden, das lehrt die Geschichte. Die Herrschenden haben Partizipation nie freiwillig gewährt, sondern sie vielmehr unterdrückt.

Die kulturelle Vielfalt, die Gegenkultur und alle Strukturen der Soziokultur (deren wichtigste die Häuser, also die Räume der gesellschaftlichen Teilhabe sind) müssen immer wieder aufs Neue erobert beziehungsweise verteidigt werden. Die Feind*innen des Fortschritts haben zu allen Zeiten versucht, jede kulturelle Äußerung, jede Musik, die ihnen als Kampfansage erschien, zu vereiteln, und sie tun es heute stärker denn je und nicht zuletzt durch räumliche Verdrängung.

Die große Vielfalt an unabhängigen Konzertveranstaltern, an Clubs und an soziokulturellen Zentren, die noch vor zwei Jahrzehnten existierte, ist der Normierung der Quotenkultur gewichen. Konzertveranstalter werden von den Großkonzernen nur noch als „Durchführer“ betrachtet. Viele Kulturzentren und selbst renommierte Musikfestivals können kaum noch ein unabhängiges und selbstbestimmtes Programm buchen und die Künstler*innen und Bands einladen, die sie ihrem Publikum präsen-

tieren wollen – entweder veranstalten die Großkonzerne unter den Konzertveranstaltern die Festivals gleich selbst oder sie diktieren den lokalen Veranstaltern die finanziellen und sonstigen Bedingungen. Auf diese Situation bezogen bezeichnete der Kulturwissenschaftler Mark Fisher (2015: 44) die Zeit von etwa 2003 bis heute „als die schlimmste seit den 1950er-Jahren“, als eine „kulturelle Ödnis“.

Ist diese Entwicklung unumkehrbar? Oder gibt es Möglichkeiten, die dringend benötigten Freiräume zurückzuerobern? Bevor wir diese Fragen beantworten können, ist es notwendig, eine Bestandsaufnahme der Situation der soziokulturellen Zentren und der Clubs vorzunehmen, jener Szene also, die seit den Anfängen in den Sechzigerjahren einen wichtigen Baustein unserer Kultur darstellt, die nicht „funktional“ sein will, also nicht „zur Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung der Machtssysteme beitragen“ möchte, sondern die „oppositionell“, also subversiv ist und „zur Bekämpfung oder Infragestellung dieser Systeme“ beiträgt.

Quo vadis soziokulturelle Zentren?

Sind die soziokulturellen Zentren (oder, wie sie auch genannt werden, die alternativen

„Kultur- und Kommunikationszentren“) heute noch Träger einer oppositionellen, gar einer subversiven Kultur, die sich den Machtsystemen im kapitalistischen Realismus unserer Tage verweigert oder im Idealfall sogar entgegensetzt? Oder sind sie nicht längst ein Teil des systemtreuen Netzwerks dieser Machtsysteme geworden, eine bloße Abspiegelstation für marktgängige Konzerte und Events? Hat der Kommerz die Politik eliminiert?

„Nach zehn Jahren merkst du einfach, dass die Bewegung sich geändert hat“, wird ein Mitarbeiter des Duisburger Kulturzentrums Eschhaus (einst Zentrum der Anti-AKW-Bewegung in Nordrhein-Westfalen) bereits 1989 zitiert, und im gleichen Jahr spricht ein Mitarbeiter des Dortmunder Kulturbüros routiniert vom „kulturell wirtschaftlichen Zentrum“ (Claßen et al. 1989). Die ehemaligen Spontis der selbstverwalteten Kulturzentren, die die Häuser den Kommunen abgetrotzt haben und häufig aus der Besetzerzene kamen, haben sich professionalisiert, schreiben ihre Diplomarbeiten über sich und ihre Arbeit, sie haben sich Arbeitsverträge organisiert, die an den öffentlichen Dienst angelehnt sind, oder sind Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen geworden. Die Angestellten der Kulturzentren kümmern sich hauptsächlich darum, in ständigen Verhandlungen mit den Kommunen ihre Stellen und die Budgets ihrer Häuser zu sichern. Subventioniert werden die soziokulturellen Zentren in aller Regel von der öffentlichen Hand, die längst begriffen hat, dass alternative Kultur billiger (und häufig auch populärer) ist als bürgerliche Kultur. Aber auch Konzerne fördern in Einzelfällen bereits seit den späten Achtzigerjahren die Kulturzentren, wie die Alte Weberei Gütersloh, die sich der finanziellen Unterstützung des Bertelsmann-Konzerns erfreute.

Die „Mühen der Ebene“, vor denen laut Brecht alle stehen, die „die Mühen der Berge“ hinter sich gelassen haben, sind typisch für die politischen und kulturellen Kämpfe. Zunächst erleben wir die Phase des kulturellen Aufbruchs, der Kämpfe, der Euphorie, „Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefasst, die Ekstase ist der Geist jedes Tages“ (Marx 1960: 118). Doch dann folgt die Ernüchterung, der „lange Katzenjammer“ (noch einmal Marx), und die Mühen der Ebene, die tägliche Routine verschleifen die zuvor noch so euphorischen und kämpferischen Akteur*innen. Sie sitzen in den eroberten Räumen und müssen plötzlich Nutzungskonzepte und Wirtschaftspläne schreiben, um die zum Überleben so dringend benötigten Zuschüsse zu erhalten. Nicht wenige geben hier auf, andere ruhen sich auf dem Erreichten aus – ein Zeichen der „bürgerlichen Revolutionen“, wie sie Marx beschrieben hat, „die Gesellschaft lernt, sich die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode anzueignen“ und sie zu verwalten. Aus den dringend benötigten kulturellen Orten, den Räumen der kulturellen Bewegung in Verhandlung, werden häufig Orte der Stagnation.

Nicht wenige soziokulturelle Zentren sind von entschiedenen Protagonisten einer selbstbestimmten, „alternativen“ Kultur zu einem kulturellen Gemischtwarenhandel verkommen. Die wenigen Veranstaltungen mit anspruchsvollen Künstler*innen dienen oft nur noch als Feigenblatt für ein Mainstream-Programm mit Musiker*innen und Bands (und „Comedians“), die von der Kulturindustrie längst durchgesetzt sind. Ich denke etwa an den jungen Leiter eines ostdeutschen Kulturzentrums, der hauptsächlich erfolgreiche Mainstream-Konzerte und Partyreihen anbietet und schulterzuckend meint: „Ich muss ja ab und zu auch

anspruchsvolle Konzerte anbieten, weil wir sonst unsere städtischen Subventionen verlieren.“

Es gibt Räume

Noch einmal: Das Grundrecht auf kulturelle Teilhabe und die Räume, in denen wir uns betätigen können, müssen immer wieder neu erkämpft werden! Das zeigt sich auch bei den selbstverwalteten Kulturzentren „Potse“ und „Drugstore“ in Berlin-Schöneberg. Seit sage und schreibe 47 Jahren bestehen diese beiden selbstverwalteten soziokulturellen Projekte. Sie waren für Generationen von Jugendlichen eine Art Wohnzimmer und zugleich ein kommerzfreier Zufluchtsort für selbstbestimmtes gemeinsames Leben. Der Gebäudekomplex in der Potsdamer Straße war einst in öffentlicher Hand. Er gehörte dem Senat, der ihn 1986 für einen Spottpreis an die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) verkaufte. 2008 wurde das Gebäude dann (die übliche, üble Geschichte) an private Investor*innen verkauft. Neuer Hauptmieter ist „Rent24“, einer der größten deutschen Anbieter von sogenannten „Coworking Spaces“, ein Unternehmen, das Büroflächen und Wohnraum zu Hotelpreisen an „Nomaden mit leidenschaftlichem Unternehmergeist“ untervermietet, wie es in der Selbstdarstellung von Rent24¹ heißt: „Viel Raum zum Arbeiten, Begegnen und Wohlfühlen“. Und: „Für unsere Mitglieder ist nichts unmöglich, keine Idee zu absurd. Ob Ideenaustausch oder einfach nur High Five nach einem gelungenen Pitch – entdecke die neue Art, gemeinsam zu arbeiten“. Oder: „Erlebe unsere Community“, in einem Gebäude, in dem die „neueste Technologie mit histori-

schem Flair verbunden“ wird. In dem üblichen Jargon der Eigentlichkeit werden die Räume für selbstständige „Gründer“ und Start-ups bis hin zu etablierten Unternehmen mit „flexiblen“ Teams angeboten, als ginge es um eine große WG mit Partys auf dem Dach, und entsprechend nennt Rent24 den „Ort, der dir alles bietet“, sein Angebot einen „Rent24 Campus“: „Arbeite smarter, wohne flexibler mit globalen Coworking und Coliving Spaces“! Nebenan eröffnen dann Saftbars, Filialen der einschlägigen internationalen Kaffeeketten, Cupcake- und Suppenläden, und derartige Läden heuern dann, wie es die Saftbar in der Potsdamer Straße gemacht hat, eigens einen Street-Art-Künstler an, der ihnen die Wände gestaltet. Solch ein hipper Saftladen lässt sich prima als „kreatives Berlin“ vermarkten, während nebenan zwei unabhängige, selbstbestimmte soziokulturelle Zentren den Bach runtergehen und verdrängt werden, in denen nicht zuletzt all jene jungen Menschen seit fast fünf Jahrzehnten wirklich kreativ sein können und dürfen, die aus verschiedenen Gründen von zu Hause aus solche Angebote gar nicht erst kennengelernt hätten.

Berlin steht hier nur stellvertretend für Fehlentwicklungen, die überall stattfinden, in Hamburg, München, Frankfurt, Stuttgart und Leipzig ebenso wie in Paris, London, Kopenhagen, New York oder Peking. Das, was wir „Gentrifizierung“ nennen, bricht ja nicht wie eine höhere Gewalt über uns herein. Gentrifizierung ist wie die Verslumung eine Extremform der Immobilienverwertung. Wir erleben heute in den attraktiven Großstädten weltweit eine gigantische Zufuhr von Kapital. Das führt dazu, dass Häuser und Grundstücke zu Preisen gekauft werden, deren Refinanzierung durch Mieteinnahmen unter bestehenden Verträgen völlig illusionär ist. Also gehen die

1 rent24.com [24.02.2019].

Investor*innen daran, die Verträge aufzulösen. Das ist doch der Hauptgrund für die sogenannte Gentrifizierung: Sie wird nicht von Künstler*innen und Kreativen betrieben, sondern dadurch, dass so viel internationales Kapital bereitsteht, das investiert werden will und den sogenannten Boom auslöst. Es liegt an uns, die rein oder vornehmlich profitorientierte Form der Immobilienverwertung zu beenden. Wir müssen die soziale Stadt stärken (oder überhaupt erst wieder aufbauen), die den Menschen, die in ihr leben, wirkliche Lebensräume bietet. Die einzige Lösung für Kulturräume, die die kulturelle Vielfalt sichern, wie auch für Menschen, die bezahlbaren Wohnraum suchen, besteht tatsächlich darin, dass ein starker, intervenierender Staat als Gegenpol zum sogenannten „freien“ Markt fungiert und Lösungen zugunsten der Menschen, zugunsten der Gesellschaft findet.

Aber wer nicht von sozialen Unterschieden, wer letztlich nicht vom Klassenkampf spricht, braucht sich auch nicht über Gentrifizierung zu echauffieren. In einer auf Ungleichheit basierenden Gesellschaft produzieren Entwicklungen, wie sie ursächlich zur Gentrifizierung gehören, immer wenige Profiteur*innen und viele Verlierer*innen, und auf dem Immobilienmarkt profitieren unverhältnismäßig wenige unverhältnismäßig viel. Nur wenn wir an die Wurzel des Problems gehen, können wir wirklich etwas ändern. „Die Herrschenden“ haben ein Interesse daran, dass wir unsere Kämpfe fragmentiert führen. So bleibt alles überschaubar und ungefährlich und letztlich erfolglos. Mieter*innen, die aus ihren von Investor*innen erworbenen Wohnungen fliegen, demonstrieren vielleicht vor dem Haus, in dem sie wohnen; wenn ältere Menschen, die Jahrzehnte in ihrer Wohnung gelebt haben, diese verlassen müssen und zum

Beispiel Räumungsklagen ausgesetzt sind, erfahren sie mitunter eine gewisse lokale Solidarität; auch wenn ein Kulturzentrum oder ein Club schließen muss, gibt es nicht selten Proteste in den jeweiligen Stadtvierteln. Aber all diese Proteste, all diese Demonstrationen bleiben punktuell und auf lange Sicht wirkungslos. Nur wenn wir all diese Kämpfe zusammendenken und bündeln, können sie zu einem Machtfaktor werden. Wenn wir etwa beispielsweise immer dann, wenn ein Kulturzentrum oder ein Club schließen muss, entsprechende Orte an anderen Stellen in unseren Städten oder Stadtteilen besetzen, werden wir gefährlich. Der Kampf für bezahlbare Mieten, der Kampf gegen die Spekulation mit Wohnraum und der Kampf für soziokulturelle Räume in unseren Städten sind ein und derselbe Kampf!

Mietsteigerungen und Verdrängung sind die Folge von Bewirtschaftungsentscheidungen und damit abhängig von Rahmenbedingungen, die die Politik für die Immobilien- und Wohnungswirtschaft setzt – und „die Politik“ muss permanent unter Druck gesetzt werden, damit sie vernünftige, nicht von der Eigentümerlobby geprägte Entscheidungen trifft. Es gibt genug Beispiele, wie Städte gegen Mieterhöhungen und Verdrängung vorgehen können. Man sehe etwa nach Wien, wo rund 60 Prozent der Mietwohnungen von der Kommune oder von Genossenschaften verwaltet werden, die den Bedingungen der Wohnungsgemeinnützigkeit unterliegen. Diese Mieten sind abhängig von tatsächlich entstandenen Kosten und staatlichen Förderprogrammen, und je mehr preiswerte Wohnangebote es gibt, desto weniger Mieter*innen sind bereit, überhöhte Preise zu bezahlen (Rosa Luxemburg Stiftung 2017: 37 ff.). Dies ist das Gegenmodell zu den sogenannten „Schwarmstädten“, mit denen die großen Mietwoh-

nungskonzerne Vonovia SE (der größte Mietwohnungskonzern in Deutschland, dem 355.000 Wohnungen in allen größeren Städten gehören; zusätzlich werden 65.000 Wohnungen anderer Eigentümer*innen verwaltet), Deutsche Wohnen SE (160.700 Wohnungen, davon über 100.000 in Berlin), LEG Immobilien AG (91.000 Wohnungen) und andere in allen deutschen Großstädten ihre Geschäfte machen: „In Schwarmstädten mit viel Zuzug wie etwa Berlin, in denen die Wohnungsknappheit groß ist, investiert man für Luxussanierungen, treibt die Mieten hoch und vertreibt Altmieten.“ (Rügermer 2019: 45).

Und bei allen Wohnungskonzernen sind wieder die berühmten Fondsgesellschaften beteiligt, ob Hedgefonds oder Private Equity: Vonovia entstand durch Vorarbeit von Private-Equity-Investoren, und nach dem Börsengang wurde BlackRock mit zunächst 8,3 Prozent größter Vonovia-Aktionär (aktuell etwa 4,5 Prozent Anteil). Heute sind die zehn größten Anteilseigner an Vonovia ausschließlich Fondsgesellschaften (u. a. Norges Bank Investment Management, Lansdowne Partners, The Vanguard Group und Fidelity), und zum Führungspersonal der Vonovia gehören die ehemalige CDU-Politikerin und Staatsministerin im Bundeskanzleramt Hildegard Müller und der ehemalige Deutsche-Bank-Chef Jürgen Fischen als Aufsichtsratsvorsitzender.² 2018 hat Vonovia dank steigender Mieteinnahmen und durch Zukäufe im Ausland mit 1,07 Milliarden Euro Gewinn ein Rekordergebnis eingefahren – den Preis für diese Profite zahlen die Mieter*innen. Der Deutsche Mieterbund wies darauf hin, dass Vonovia den Wohnungsbestand zwischen 2013 und 2018 verdoppelt, im gleichen Zeitraum

den Marktwert der Wohnungen allerdings vervierfacht habe. Rund 66 Prozent des Konzerngewinns seien auf Mieterhöhungen durch Modernisierungen zurückzuführen.

Die Deutsche Wohnen SE, heute börsennotiert, aber ursprünglich eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, die Werkwohnungen von Hoechst aufgekauft hatte, gehört ebenfalls Fondsgesellschaften (wieder Norges, Vanguard, BlackRock u. a.), ebenso wie die LEG (ursprünglich die Landesentwicklungsgesellschaft von Nordrhein-Westfalen), die 2008 von der CDU/FDP-Landesregierung an zwei Hedgefonds verkauft wurde, bevor auch hier BlackRock einstieg. Auch bei der LEG gehören zu den größten Aktionären die einschlägigen Fonds- und Investmentgesellschaften (u. a. MFS International, Massachusetts Financial Service, Vanguard, Norges, BlackRock) sowie die Bank BNP Paribas und der Versicherungskonzern AXA.³ Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie finanzkräftige Akteure sich heutzutage horizontal und vertikal in die Stadtlandschaft drängen.

Scheindemokratische Städte

Die Fragen, wie die Zukunft unserer Städte aussehen soll, wie unser Zusammenleben in diesen Städten und Stadtteilen gestaltet werden kann und was eine Stadt eigentlich ist und in Zukunft sein soll, diese Fragen werden kaum öffentlich diskutiert. Demokratie findet in diesen essenziellen Fragen nur zum Schein statt: Ein Mercedes-Platz in Berlin wird als konsumistisches Unterhaltungszentrum errichtet, während gleichzeitig die in einem Bürgerentscheid artikulierten In-

2 Marketscreener.com [26.02.2019].

3 Alle Aktionäre und Beteiligungen laut: Marketscreener.com [26.02.2019].

teressen der Bevölkerung ignoriert wurden – was interessiert schon das Bürger*innen-Interesse, wenn es ein Investoren-Interesse gibt? Ein Siemens-Campus in Berlin dient als Dauerausstellung für die neuesten Smart-City-Produkte des Siemens-Konzerns, und die Konzerne und Immobilienfirmen der Samwer-Brüder (Gründer von Zalando) pflügen sich durch die attraktivsten Teile Berlins und sorgen nicht nur für Gentrifizierung mit all ihren ungemütlichen Begleiterscheinungen wie Verdrängung angestammter Bewohner*innen, drastischen Mieterhöhungen und Umgestaltung gewachsener Wohnquartiere zu konsumorientierten Ausgehvierteln, wie man es in weiten Teilen Kreuzbergs beobachtet. Nein, die undemokratische und an bloßen Imperiangeschäften orientierte Umgestaltung unserer Städte geht viel weiter. Diese „durchkuratierten Firmengelände simulieren Stadt“ lediglich, stellt der Stadtökonom Felix Hartenstein fest. „Mit der Digitalisierung gibt es einen neuen Akteur in der Stadtentwicklung, und in Berlin wird das besonders deutlich sichtbar.“ (Mösken 2018). All das, was Urbanität eigentlich ausmacht, fällt letztlich unter den Tisch, also das Unvorhergesehene, der Zufall, das Unfertige. „Die Zukunftsbilder, die wir bei Techfirmen sehen, sind dagegen geprägt von unternehmerischem Denken und einem technokratischen Verständnis von Stadt“, sagt Hartenstein. Urbanität jedoch entsteht nicht an den Reißbrettern beziehungsweise in den Computersimulationen der Technologiekonzerne, sondern durch das reale Zusammenleben von Menschen, durch ihr Interagieren, durch soziale Zusammenhänge. Diese Vorstellung mag für die Konzerne störend sein. Aber es ist an uns, diese Vorstellung wieder ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Sonst kann es uns passieren, dass die gemeinschaftlichen Orte,

die wir so dringend benötigen, in denen die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft sich artikulieren und organisieren kann, auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

Es sind vor allem Investor*innen, die für das Ende der Clubs verantwortlich sind. Dass in den Firmengebäuden von Zalando die Meetingräume „Tempelhofer Feld“ oder „Badeschiff“ heißen und in der Google-Dependance Unter den Linden diese Räume nach Berliner Clubs (von Berghain bis Watergate) benannt wurden, darf durchaus als zynisch bezeichnet werden. Die Konzerne sorgen direkt und indirekt dafür, dass die Clubkultur aus der Stadt verschwindet, aber für ihre Beschäftigten errichten sie Fake-Rooms, in denen die in der realen Welt untergegangenen Kulturorte als Behauptung, als Image einer künstlich inszenierten Berlin-Marke weiterexistieren. Die Verdrängung und Zerstörung von Kulturorten ist nicht auf Clubs und Kulturzentren beschränkt, sie betrifft auch zum Beispiel Buchhandlungen und Kinos.

Selbstverwaltung

Die Idee der Selbstverwaltung ist nicht überholt, sondern in Zeiten der allgegenwärtigen Imperiangeschäfte der nationalen und internationalen Kulturkonzerne so aktuell wie nie zuvor. Kulturorte sind öffentlich und sie sind Gemeingut, die wir brauchen wie die Luft, die wir atmen, oder das Wasser, das wir trinken. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, muss den Menschen aber erst wieder zu Bewusstsein gebracht werden. Die Tatsache, dass den Menschen ihre Kulturorte gehören und dass sie diese Orte selbst verwalten dürfen, wäre die Basis für die Auseinandersetzung mit privaten Investor*innen, aber auch mit Politik und Stadtverwaltungen, die seit Jahren zunehmend gerne und

willing die Kultur privatisieren und den Interessen von Investor*innen und der Kulturindustrie unterwerfen.

Ein Schritt in die richtige Richtung wäre eine umfassende Finanzierung der Zeitkultur durch die öffentliche Hand: 100 Millionen Euro müssen bundesweit über einen Zeitraum von fünf Jahren an die soziokulturellen Zentren und die Clubs ausgeschüttet werden, damit deren wichtige Arbeit substanziell abgesichert wird und sie ihre Energie statt in den permanenten Überlebenskampf wieder in das stecken können, was sie eigentlich ausmacht: ihre soziokulturelle Arbeit, die für die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft sorgt. Almosen wie der Spielstätten-Preis der staatlichen Initiative Musik reichen hinten und vorne nicht und sind eigentlich ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die sich Jahr für Jahr, Tag um Tag selbst ausbeuten, um Kultur zu ermöglichen. Die Politiker*innen entnehmen aus dem Topf der Spielstättenförderung jährlich einen sechsstelligen Betrag, um eine opulente Preisverleihungsgala zu bestreiten, auf der sich die Almosen verteilenden Akteur*innen aus Politik und der sogenannten Kreativwirtschaft, von Grütters bis Gorny, selbst feiern können. Wichtig wäre dagegen die kontinuierliche und langfristige, substanzielle Förderung der soziokulturellen Zentren und Clubs.

Wie der Philosoph Grégoire Chamayou in seinem neuen Buch über den autoritären Liberalismus, „Die unregierbare Gesellschaft“, beschreibt, war ein wesentlicher Faktor für das Selbstbewusstsein der arbeitenden Jugend um 1970, also der Generation, die sich auch Kulturorte wie Jugend- und Kulturzentren und andere Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe erkämpft hat, ihre Unerschrockenheit: „Sie schienen keine Angst zu haben.“ (Chamayou 2019: 33).

„Leben, ohne Angst zu haben“ heißt es auch gleich zweimal im fünften der „Ernstes Gesänge“ von Hanns Eisler, seiner letzten, 1962 abgeschlossenen Komposition (nach einem Gedicht von Helmut Richter). Leben, ohne Angst zu haben, das bedeutet natürlich vor allem: Es müssen soziale Sicherheitsnetze existieren, die Menschen dürfen keine Sorge um Wohnraum, um ihren Arbeitsplatz und um gerechte Bezahlung ihrer Arbeit oder um menschenwürdiges Leben im Alter haben. Chamayou beschreibt detailliert, wie dagegen in den letzten Jahrzehnten mit einer „Disziplinarmacht im Inneren und einem Disziplinierungsdruck von außen“ eine „Gesellschaft der sozialen Unsicherheit“ kreiert wurde, und kommt zum Schluss: „Die Generationen, die nach 1973 geboren wurden, haben nacheinander den Gedanken verinnerlicht, dass jede von ihnen alles in allem schlechter leben würde als die vorherige. Sie haben wieder gelernt, Angst zu haben. Eine historische Trendwende, die man auch als eine Art Großgruppentherapie, eine Massenerziehung zur ‚Frustrationstoleranz‘ verstehen kann.“ (Chamayou 2019: 40 f.). Und in einer derartigen Gesellschaft, die auf bloßem Konsumismus und auf Ausbeutung und/oder Selbstausbeutung des (u. a. kulturellen) Prekariats wie auch auf Selbstoptimierung der Mittelschicht fußt, kann man keine selbstbewussten und angstfreien Kämpfer*innen für eine solidarische Welt erwarten.

Konkrete Vorschläge

Zunächst: Eine Vertreibung von Kulturorten wie Clubs oder soziokulturellen Zentren aus Gründen des Lärmschutzes ist nicht akzeptabel und darf grundsätzlich nicht vollzogen werden. Die neuen Eigentümer*innen

oder die neuen Nachbar*innen von derartigen Kulturzentren haben sämtliche Lärmschutzmaßnahmen zu finanzieren, die den Erhalt dieser Kulturorte am jeweiligen Ort sicherstellen. Sollte dies im Einzelfall nicht möglich oder nicht sinnvoll sein, müssen die neuen Eigentümer*innen und/oder Nachbar*innen einen geeigneten Alternativort für den jeweiligen Kulturort zu gleichen Bedingungen und ohne finanzielle Nachteile zur Verfügung stellen und natürlich auch Umzug und Einrichtung des neuen Kulturorts finanzieren.

Vor allem aber geht es darum, dass wir etwas entwickeln, das ich „umfassenden Kulturorteschutz“ nennen will. Bei diesem Kulturorteschutz ginge es analog zum Denkmalschutz darum, kulturelle Orte zu sichern und zu erhalten. Grundsätzlich müssen alle Kulturorte unter umfassenden Schutz gestellt werden. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, Opernhäuser oder Philharmonien an private Investor*innen oder Fondsgesellschaften zu verkaufen, die die Gebäude dann in Luxuswohnungen und teure Büros umwandeln. Soziokulturelle Zentren und Clubs sind für die Kultur einer Gesellschaft ebenso wertvolle Orte wie zum Beispiel Theater, Konzert- oder Opernhäuser und Bibliotheken, und sie müssen ebenso geschützt werden. Kulturorte sind grundsätzlich unantastbar!

Für viele der von Ober- und Mittelschicht genutzten Kulturorte besteht im Übrigen ein derartiger „Kulturorteschutz“ bereits: Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass Theater oder Konzert- und Opernhäuser nicht „vernichtet“ werden dürfen. In mittelgroßen und kleineren Städten gilt ein ähnlicher Schutz auch für viele der dort häufig kommunal kofinanzierten oder subventionierten soziokulturellen Zentren seit den späten Siebziger- und frühen Acht-

zigerjahren, nicht zuletzt, weil auch diese Orte hauptsächlich von jungen Menschen aus der Mittelschicht erobert wurden. Hier zeigt sich eines der grundlegenden Probleme der Popkultur und der sogenannten Alternativkultur: Sie ist extrem mittelschichtaffin. Arbeiter*innen, Verkäufer*innen, Landwirt*innen oder Friseur*innen kommen in der Pop- und Alternativkultur wenn überhaupt, dann nur am Rande vor. Die Popkultur ist ähnlich bildungshoch gebunden wie die sogenannte klassische Musik. Das gilt für ihre Akteur*innen, also die Musiker*innen wie die Besitzer*innen oder Manager*innen zum Beispiel von Plattenfirmen oder Konzertagenturen, ebenso wie für die Besucher*innen von Popkonzerten. Nicht nur bei Konzerten mit klassischer Musik haben 80 Prozent und mehr der Besucher*innen Abitur, sondern auch zum Beispiel bei House-Konzerten, dem sozusagen bildungshöchsten Genre der Popmusik – auch hier trifft man hauptsächlich „auf Künstler, Berater, Techniker oder irgendeine moderne Spielart aus den geistes-, sozial- und politikwissenschaftlichen Berufen.“ (Neuhoff 2008).

Generell ist eine „wachsende ökonomische Ungleichheit im Zugang zur Kultur“ zu beobachten, was zu „beunruhigenden Spaltungstendenzen“ (Bude 2019) in unserer Gesellschaft führt. In aller Regel werden derartige Bestandsaufnahmen mit Bildern der Hochkultur illustriert, etwa mit den Besucher*innen von Opernhäusern in teurer Abendgarderobe. Man könnte diese Ungleichheit aber durchaus auch mit Bildern des Publikums von Popkonzerten untermalen. Hier wie da gilt: Wo sind die ärmeren Teile der Gesellschaft? Wo sind beispielsweise die Arbeiter*innen und die Verkäufer*innen? Sie sind in aller Regel weder auf noch vor der Bühne anzutref-

fen. Musizierende Arbeiterkinder sind eine verschwindende Minderheit. Selbst die Popstar-Karriere bleibt meistens finanziell vorversorgten Ex-Privatschüler*innen vorbehalten (z. B. Coldplay, Lily Allen oder Mumford & Sons). In unserer Gesellschaft fehlen nicht nur die kulturelle und musische Bildung der Unterprivilegierten, sondern ebenso die nötigen „Möglichkeitsräume“, also Kulturorte mit einer großen sozialen Durchlässigkeit. Kulturorte, in denen nicht nur die Mittelschicht, sondern alle Menschen das „Reservat der Kultur“ (Marcuse) und die darin enthaltenen Möglichkeiten des Selbstaushierens, der Verneinung und der Verweigerung kennenlernen können, „outside the society“, wie Patti Smith gesungen hat.

Es ist von größter Wichtigkeit, dass die selbstverwalteten Kulturzentren und Kulturorte, die Clubs und die soziokulturellen Zentren zu einem neuen kämpferischen Geist finden, einem an ihr Engagement vergangener Jahrzehnte erinnernden Mut und einer ebensolchen Kampfkraft. Sie müssen wieder zu Motoren des Widerstands gegen eine globalisierte Einheitskultur der Konzerne und gegen den Ausverkauf der Städte an Investor*innen werden. Sie müssen ihre subversive Kraft erneuern oder zurückgewinnen. Sie müssen nicht zuletzt ihre Arbeitsbereiche und ihre Ausrichtung so erweitern, dass auch wieder junge Menschen aus unterprivilegierten Schichten Zugang zu diesen öffentlichen Orten gewinnen.

Wir benötigen utopische Orte. Orte, in denen die Utopie in unsere Gegenwart hereinreicht, sich schon jetzt erleben lässt. Der englische Philosoph Francis Bacon entwarf im Jahr 1624 sein Neu-Atlantis – eine der berühmtesten Utopien der Literaturgeschichte (Bacon 1982). In dieser Utopie spielen vor allem sogenannte „Sound

Houses“ als Orte für Kultur eine wichtige Rolle. Denken wir das weiter, formulieren wir eine neue Utopie: Die ganze Welt ist ein „Sound-House“, die ganze Welt ist ein Club! Ein Club von überschaubarer Größe, sagen wir mit um die 300 oder 400 Plätzen. Am Eingang wird uns ein freundlicher Empfang bereitet. Vielleicht liegt ein Korb mit Äpfeln bereit, aus dem man sich bedienen kann, wie weiland in Bill Grahams Fillmore West. Die Eintrittskarten sind für alle bezahlbar, „jedem nach seinen Bedürfnissen“, alle geben, was sie geben können. Das Personal ist freundlich und hilfsbereit und lächelt uns an – es wird gut bezahlt. Auf der Bühne spielen Musiker*innen, die uns wirklich etwas zu sagen haben. Du hörst deine Bands und bist glücklich, ich höre meine Bands und bin glücklich, wir hören all die Musiker*innen, die wir hören wollen, mehrere an einem Abend, und hören gebannt zu oder tanzen oder trinken und liegen uns in den Armen, weil wir wissen, dass die Welt ein besserer Ort sein kann als der da draußen, den wir vorfinden werden, wenn wir unser utopisches „Sound-House“ wieder verlassen. Aber bis dahin ist die ganze Welt ein Club, und wir sind mittendrin. Und all die Großkonzerne der Konzertindustrie müssen leider draußen bleiben. Niemand wird sie vermissen. Es geht um eine Form von hedonistischer Vernunft. Wir sind gegen den Krieg, weil wir im Frieden unser Leben genießen und glücklich sein wollen. Wir sind für selbstbestimmte Kulturorte und gegen die von den Imperiengegeschäften der Konzerne geprägten kommerziellen Orte, weil wir Musik und Kultur erleben und genießen wollen, die unser Glück befördern.

Die sowjetische Zeitung *Iswestija* proklamierte bereits unmittelbar nach der Oktoberrevolution 1917: „Genossen, gründet Klubs! Macht diese Klubs zur Tribüne für

alle, die bewusst die Freiheit suchen! Lasst sie Leuchttürme für die Massen sein, die nach Sinn suchen. Klubs! Mehr Klubs! Und zwar so schnell wie möglich!“ (Trapp et al. 2018: 5). Was hält uns auf?

Literatur

- Bacon, F. 1982: Neu-Atlantis. Übersetzt von Günther Bugge. Stuttgart.
- Bude, H. 2019: „Gefährliche Begegnungen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.02.2019.
- Chamayou, G. 2019: Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus. Berlin.
- Claßen, L./Krüger, H. H./Thole, W. 1989: In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen. Zwischen Politik und Kommerz – Soziokulturelle Zentren in NRW. Essen.
- Eisler, H. 1962: Ernste Gesänge für Bariton und Streichorchester.
- Fisher, M. 2015: Gespenster meines Lebens: Depression, Hauntology und die verlorene Zukunft. Berlin.
- Marx, K. 1960: Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8. Berlin.
- Mösken, A. L. 2018: „Wie die Techfirmen Berlin verändern“, Berliner Zeitung, 17.11.2018.
- Neuhoff, H. 2008: „Konzertpublika. Sozialstruktur, Mentalitäten, Geschmacksprofile“, Deutsches Musikinformationszentrum, 14.5.2008 (auch online).
- Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.) 2017: „Muss Wohnen immer teurer werden?“ Berlin.
- Rügemer, W. 2019: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Köln.
- Trapp, H./Thum, R./Hoy, B. 2018: „Der sowjetische Arbeiterklub“, Arch+ features 76, London 2018; als Einhefter in: Arch+ Nr. 232. Aachen.

Berthold Seliger

ist Konzertagent und Publizist. Zuletzt erschien von ihm „Vom Imperiengeschäft. Wie Großkonzerne die kulturelle Vielfalt zerstören“ (Edition Tiamat, 2019, aktuell in der 3. Auflage); der vorliegende Beitrag basiert auf dem Kapitel 3 dieses Buches.

Impressum

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Berlin, Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin

Redaktion: Peter Kuleša (verantwortlich), Berit Gründler, Ragnar Hoenig, Marius Mühlhausen, Nadine Buder (Redaktionsassistentin)

Redaktionsanschrift: AWO Bundesverband e.V., Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel: 030-26309-199, Fax: 030-26309-32199, Email: tup@awo.org, Internet: www.tup-online.com

Redaktionsbeirat: Wolfgang Stadler (Vorsitzender), Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Prof. Dr. C. Wolfgang Müller, Prof. Dr. Gerhard Naegele, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Prof. Dr. Doris Schaeffer, Dr. Burkhard Schiller, Hansjörg Seeh, Prof. Dr. Michael von Hauff.

Manuskripte werden jederzeit als Ausdruck und Datei an die Redaktion erbeten. Es werden nur Originalbeiträge angenommen. Für unverlangte Sendungen wird keine Haftung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn entsprechendes Rückporto beiliegt.

Verlag: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim, Tel: +49(0)6201/6007-0

TUP erscheint fünfmal jährlich im Februar, April, Juni, September (Beiheft) und Dezember.

Unter www.juventa.de finden Sie ein Gesamtregister der Zeitschriftenbeiträge.

Preise und Bezugsbedingungen: Jahresabonnement € 38,00 Studierende (gegen Vorlage einer Studienbescheinigung) € 32,00, Einzelheft € 10,00 (jeweils zzgl. Versandkosten). Der Gesamtbezugspreis (Abonnementspreis plus Versandkosten, Inland € 6,00) ist preisgebunden. Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabonnementsende. Ein Probeabonnement umfasst 3 Hefte zum Preis von € 17,70 frei Haus.

Anzeigen: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, D-69441 Weinheim,

Tel.: 06201/6007-386, Fax: 06201/6007-9331, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement und Einzelheft: Beltz Medienservice, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 06201/6007-330, Fax: 06201/6007-9331, E-Mail: medienservice@beltz.de

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany
ISSN 0342-2275